

CDU Fraktion im Rat
der Gemeinde Marienheide

Marienheide, 02.03.2012



Herrn Bürgermeister Töpfer
Hauptstraße 20
51709 Marienheide

φ Fraktionsvors.
Bereichsleiter ✓

32

Anträge Stärkungspakt

Die CDU Fraktion im Rat der Gemeinde Marienheide sieht die Gefahr, dass bei Umsetzung sämtlicher Forderungen, die das Stärkungspaktgesetz vorsieht, das Ende der kommunalen Selbstverwaltung in Marienheide erreicht ist. Etwaige Einsparpotentiale müssen dennoch mit Hilfe der Gemeindeprüfungsanstalt ermittelt werden.

Dazu müssen zunächst alle erforderlichen Informationen eingeholt und bewertet werden. Das Ziel der Haushaltskonsolidierung steht im Vordergrund, Marienheide muss lebenswert bleiben. Dazu gehört ein ausgeglichener Haushalt.

Die CDU Fraktion im Rat der Gemeinde Marienheide beantragt nach den Klausurberatungen sowie den weiteren Beratungen in der Fraktion zu der vorgelegten "Potenzialliste Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen":

1. - die Bürger von Marienheide durch eine Umfrage - ggf. kostenneutral im Rundblick Marienheide - an den geplanten Kürzungsmaßnahmen sowie einer notwendigen Steuererhöhung zu beteiligen. Es wird angeregt, die Bürger vorab im Rahmen einer Bürgerversammlung zu informieren und in einem offenen Dialog die anstehenden Veränderungen zu diskutieren;
2. unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen - ggf. durch beauftragte Dritte -, um sämtliche noch fehlenden Jahresabschlüsse der Gemeinde dem Rechnungsprüfungsausschuss vorzulegen;
3. § 8 der Hauptsatzung insoweit zu ändern, als dass Dringlichkeitsentscheidungen vor Beschlussfassung mindestens 24 Stunden vor Unterzeichnung den Ratsmitgliedern per Email zuzuleiten sind um Einwände ggf. berücksichtigen zu können.

Begründung:

Zu 1.:

Durch das von der Landesregierung NRW im letzten Jahr beschlossenen Stärkungspaktgesetz ist es in der Gemeinde Marienheide erforderlich drastische Einsparmaßnahmen zu ergreifen und/oder die gemeindlichen Steuern zu erhöhen. Bei diesen wichtigen anstehenden Maßnahmen möchten wir die Betroffenen (ALLE MARIENHEIDER BÜRGERINNEN UND BÜRGER) beteiligen und Ihnen die Möglichkeit geben, sich vor der Beschlussfassung zu äußern.

Das Stärkungspaktgesetz erfordert, dass die Gemeinde Marienheide bis zum 30.06.2012 einen schlüssigen Sanierungsplan vorlegt. Bislang liegt eine von der Gemeinde erarbeitete ausführliche Potenzialliste vor, aus denen mögliche Einsparmaßnahmen ebenso hervorgehen wie Einnahmeerhöhungen. Aufgabe des Rates der Gemeinde Marienheide ist es nun anhand dieser Liste zu entscheiden, welche dieser Maßnahmen ergriffen werden.

Die CDU-Fraktion spricht sich dafür aus, Maßnahmen, die der Gemeinde Marienheide ihr Gepräge geben und einen Zuzug von Bürgern attraktiv machen, nicht zu streichen. Hierzu gehören beispielsweise das Jugendzentrum, die Bücherei sowie Elternbeiträge. Zudem spricht sich die CDU-Fraktion dagegen aus, zulasten kommender Generationen von Sanierungsmaßnahmen Abstand zu nehmen, die wirtschaftlich und notwendig sind. Die Reparaturen einer Straße sind in der Regel in Folgejahren viel höher, wenn notwendige Sanierungen in den Vorjahren nicht zeitnah durchgeführt werden. Diese hier genannten Maßnahmen führen zu einer durchschnittlichen Mehrbelastung pro Bürger in Höhe von 6 Euro pro Jahr. Dies sollte es einer Solidargemeinschaft wert sein, solche Maßnahmen zu erhalten.

Zählt man die sinnvollen Einsparmaßnahmen zusammen, die nicht zu einer Beschränkung der kommunalen Selbstverwaltung führen, so ergibt sich ein Einsparpotenzial von ca. 100.000 Euro pro Jahr. Auch dies ist jedoch mit einer Verringerung der Attraktivität von Marienheide verbunden (z.B. Grünschnitt).

Weiterhin wird aus der Potenzialliste deutlich, dass die Wassergebühren um 50.000 Euro pro Jahr angehoben werden müssen.

Zuletzt regen wir an, eine Stelle des höheren Dienstes (Verwaltungsvorstand) ab dem Jahr 2015 nicht neu zu besetzen und damit langfristig Kosten in Höhe von mindestens 75.000 Euro einzusparen.

Im Haushalt 2012 sind für die Grundsteuer B bei einem Hebesatz von 413% 1.548.000 Euro Einnahme veranschlagt. Will die Gemeinde aus der Grundsteuer B eine Mehreinnahme generieren, muss sie den Hebesatz erhöhen.

Im Beispiel wäre der Steuermessbetrag $1.548.000 \text{ Euro} / 413 = 3.748$

Für eine Mehreinnahme von 2.328.582 Euro über die **Grundsteuer B** wäre also eine Anpassung des Hebesatzes auf

weit mehr als 1000 Punkte erforderlich.

Die strukturelle Lücke beträgt laut Stärkungspaktgesetz in Marienheide 2.470.768 Euro jährlich. Die Hälfte, also 1.235.384 Euro bekommt die Gemeinde Marienheide jährlich vom Land NRW. Die Einsparungen der Gemeinde sollen laut Stärkungspaktgesetz in angemessenen Schritten und nicht in vollem Umfang erfolgen (vgl. Anlage).

Durch das tatsächlich höhere Defizit entsteht ein weiteres Defizit nach Ablauf der Sanierungsfrist von 8,7 Mio. Euro. Dieses Defizit muss durch weitere Maßnahmen kompensiert werden, die von allen Ratsmitgliedern in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bürgern zu erarbeiten sind, da andernfalls weitere Zinslasten in Sechsstelliger Höhe pro Jahr auf die Gemeinde zukommen. Ob es realistisch ist, solche Summen in kürzester Zeit zu erwirtschaften ist fraglich.

Wir regen daher an, die Landesregierung anhand des konkreten Beispiels der Gemeinde Marienheide zu informieren, an welchen Stellen das Stärkungspaktgesetz von falschen Annahmen ausgeht und zu beantragen, ein neues Konzept zu erarbeiten, wie das strukturelle Defizit - welches durch zahlreiche Faktoren außerhalb des Einflusses der Gemeinde entsteht - beseitigt werden kann.

Zu 2:

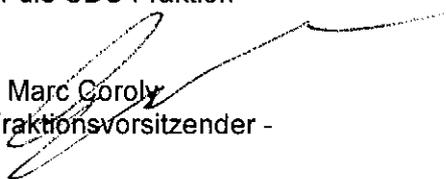
Bereits im letzten Rechnungsprüfungsausschuss wurde von der CDU Fraktion angeregt aufgrund des personellen Engpasses der Gemeinde Marienheide in der Kämmerei zu prüfen, ob externe Dienstleister hinzu gezogen werden können, um die fehlenden Jahresabschlüsse fertig zu stellen. Es soll noch im März über einen Haushaltsplanentwurf abgestimmt werden, ohne dass die Abschlüsse der Jahre 2008 - 2011 vorliegen. Es ist nicht absehbar, dass dieser Zustand ohne fremde Hilfe beseitigt werden kann. Es ist daher dringend Handlungsbedarf geboten.

Ohne die erforderlichen Jahresabschlüsse handelt es sich um eine „Blindplanung“ die nicht länger hingenommen werden kann. Ohne die Finanzsituation beurteilen zu können, sind dem Bürger diese Einsparmaßnahmen nicht darzustellen.

zu 3.:

In der Vergangenheit wurden getroffene Dringlichkeitsentscheidungen von einigen Ratsmitgliedern inhaltlich beanstandet, aber letztlich genehmigt, da die Rechtsfolgen einer versagten Genehmigung nicht angemessen wären. Um dies zukünftig zu vermeiden, wird angeregt, die anstehenden Entscheidungen den Ratsmitgliedern per Email zur Kenntnis zu geben und erst im Abschluss daran zu entscheiden bzw. den Beschluss zu fällen. Diese Vorgehensweise ermöglicht den Ratsmitgliedern eine angemessene Beteiligung. Aufgrund der modernen Kommunikationsmittel dürfte diese Vorgehensweise zeitgemäß sein.

Für die CDU Fraktion


Marc Coroly
- Fraktionsvorsitzender -